

Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

(26. Sitzung am 30. September 2020)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/7175](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2020 - 2024**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/7330](#)

In **öffentlicher Sitzung** behandelte der Unterausschuss den **Einzelplan 11 - Justizministerium** -- unter Einbeziehung der Mipla 2020–2024. Er nahm die **Einbringung** durch Vertreter des Justizministeriums entgegen, führte eine **allgemeine Aussprache** sowie die **Einzelberatung** durch. Er schloss seine Haushaltsberatungen ohne Änderungsempfehlungen ab.

2. a) **Telemedizin in Justizvollzugsanstalten**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/3254](#)
- b) **Telemedizin in Justizvollzugsanstalten**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/7348](#)

Eine Vertreterin des Justizministeriums unterrichtete den Unterausschuss in **öffentlicher Sitzung** über den Stand des Pilotprojektes. Der Unterausschuss setzte die Mitberatung des Antrages der Fraktion der FDP fort und nahm die Mitberatung des Antrages der Fraktionen der SPD und der CDU auf.

3. **Corona-Krise im Justizvollzug - Entsozialisierung vermeiden, offenen Vollzug und Vollzugslockerungen erleichtern**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6518](#)

Diesen Punkt setzte der Unterausschuss auf Bitten des Mitgliedes der Fraktion der Grünen von der Tagesordnung ab.

4. **Unterrichtung über besondere Vorkommnisse im niedersächsischen Justizvollzug**

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung teils in **nicht öffentlicher Sitzung**, teils in **vertraulicher Sitzung** entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Der Unterausschuss vereinbarte, von dem Corona-bedingten besonderen Verfahren der Unterrichtung durch das Justizministerium zu dem zuvor praktizierten Verfahren zurückzukehren.

5. **Ausschussreisen**

- a) Besuch des Justizministeriums des Landes Brandenburg in Potsdam und der Sicherungsverwahrung in Werl im Jahr 2021
- b) Durchführung von Besuchen niedersächsischer Justizvollzugsanstalten im Jahr 2020

Der Unterausschuss kam **in nicht öffentlicher Sitzung** überein, die Besuche in Potsdam und Werl für die letzte Woche vor den Parlamentsferien 2021 einzuplanen. Von Anstaltsbesuchen im laufenden Jahr sah der Unterausschuss ab.